

Germany-Landau: Architectural, engineering and planning services**OJ S 203/2023 20/10/2023****Contract award notice****Services****Legal Basis:**

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Land Rheinland-Pfalz, vertreten durch das Ministerium der Finanzen, vertreten durch den Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung, Niederlassung Landau, vertreten durch die Niederlassungsleitung

Postal address: Untertorplatz 1

Town: Landau

NUTS code: DEB33 Landau in der Pfalz, Kreisfreie Stadt

Postal code: 76829

Country: Germany

Contact person: LBB NL Koblenz, Zentrale Vergabestelle FbT, Hofstraße 257a, 56077 Koblenz

E-mail: VOFVergabe.Koblenz@LBBnet.de

Telephone: +49 2619701-0

Fax: +49 2619701-444

Internet address(es):

Main address: <http://www.lbb.rlp.de>

I.4. Type of the contracting authority

Regional or local authority

I.5. Main activity

Economic and financial affairs

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement**II.1.1. Title**

23D0168 - Bekanntmachung vergebener Auftrag - Amtsgericht Germersheim Brandschutz und barrierefreier Zugang, Fachplanung Tragwerksplanung gem. Teil 4 Abschnitt 1 HOAI

Reference number: 23D0168

II.1.2. Main CPV code

71240000 Architectural, engineering and planning services

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Die Leistungen des Auftragnehmers (AN) umfasst die Fachplanung Tragwerksplanung gem. Teil 4 Abschn. 1 HOAI. Es sind die LPH 2-8 zu erbringen (aufgrund von Eigenleistungen in

Teilbereichen auch Wegfall von Grund-/ bzw. Teilleistungen von Grundleistungen). Neben Grundleistungen sind Besondere Leistungen zu erbringen:

- .
 - Einarbeiten ins Projekt unter Berücksichtigung der vorliegenden Statischen Erkundungen bzw. Erkenntnisse aus der LPH_1
- .
 - Überprüfen vorliegender Tragwerksunterlagen auf Richtigkeit u. Abstimmung/Anpassung an die optimierten Grundlagen
- .
 - Bearbeitung unter Berücksichtigung, dass der koordinierende FBT Objektplanung Gebäude die Zielvereinbarung Silberstandard (ohne Zertifizierung) gem. Leitfaden Nachhaltiges Bauen einzuhalten hat
- .
 - Beratung bei der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (WU) des FBT Objektplanung Gebäude für die Interimsunterbringung
- .
 - Nachweise zur Erdbebensicherung.
- .
 - Nachweise zum konstruktiven Brandschutz
- .
 - Nachweise zu nicht zum Tragwerk gehörenden Konstruktionen (wie z. Bsp. Fassaden)
- .
 - Prüfen/Werten von Nebenangeboten
- .
 - Ingenieurtechnische Kontrolle auf Übereinstimmung mit Prüfstatik
- .
 - Mitwirken bei der Überwachung der Ausführung Tragwerkseingriffe im Bestand

Zunächst werden nur Leistungen zur Erstellung der HU-Bau (LPH 2- 4) beauftragt. Es ist beabsichtigt die weiteren Leistungen nach Genehmigung der Unterlage stufenweise zu beauftragen (Stufenvertrag). Ein Rechtsanspruch auf Übertragung der weiteren Leistungen sowie der Besonderen Leistungen besteht nicht.

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.1.7. Total value of the procurement

Value excluding VAT: 75 266,88 EUR

II.2. Description

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DEB3E Germersheim

Main site or place of performance: Germersheim

II.2.4. Description of the procurement

.
Das Amtsgericht Germersheim liegt in der Innenstadt von Germersheim, in direkter Nähe der Queich (Gewässer 2. Ordnung). Die Gerichtsräume befinden sich aktuell in zwei mittlerweile miteinander verbundenen historischen Gebäudeteilen, welche in den Jahren 1853-1865 entstanden. Sie wurden ursprünglich als Amtsgericht und Gefängnis genutzt. Die beiden

Gebäudeteile wurden aus Sandstein-Mauerwerk mit Holzbalkendecken errichtet, sie sind nur teilunterkellert. Aufgrund der ursprünglichen Nutzung unterscheiden sich die Geschosshöhen, so dass sich Höhenunterschiede zwischen den einzelnen Ebenen der beiden Gebäudeteile ergeben.

Um den Dienstbetrieb auch in Zukunft gewährleisten zu können, sind umfangreiche Maßnahmen notwendig, wie z.B. die durchgängige barrierefreie Erschließung durch Schaffung eines neuen Eingangs incl. Pforte, der Anbau eines Treppenhauses mit Aufzug, allgemeine Ertüchtigung des Brandschutzes und die Verbesserung der Statik der Holzbalkendecken. Gleichzeitig müssen auch die haustechnischen Einrichtungen ertüchtigt bzw. ersetzt werden wie z.B. Wärmeerzeugungsanlagen, Elektro- und IT-Verkabelung sowie Sanitäranlagen. Der Bau einer Photovoltaikanlage auf bestehender Dachfläche sowie die Anforderungen zur Elektromobilität bei öffentlichen/sonstigen Gebäuden sind umzusetzen. Die Energetische Optimierung und die Anforderungen des Nachhaltigen Bauens unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit sind umzusetzen. Die Bearbeitung hat nach dem Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen (BNB)-mit Erreichung des Silberstandards (unzertifiziert) zu erfolgen.

Da die Grundstücksgröße nur sehr geringe Ausweichmöglichkeiten auf eigenem Gelände zulässt, ist als Basis des Freizuges Amtsgericht eine Interimslösung notwendig. Diese wird im Rahmen einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung durch den Architekten untersucht, dazu wird die Unterstützung bei Statischen Belangen notwendig. Info: Die Entscheidung zur Interimslösung hat keine Auswirkungen auf die beauftragten Leistungen am Hauptgebäude (Bestandsbau und neuer Kopplungsbau).

BGF (Bestandsgebäude + Anbau Treppenhaus): ca. 2.160 m² Prüfung folgt
Geschätzte Baukosten (brutto): 2.600.000 EUR (KG 300), 1.200.000 EUR (KG 400)
Termine: Start 09/2023, HU-Bau 05/2024, Bauausführ. 09/25-03/28, Übergabe 04/2028

II.2.5. Award criteria

Quality criterion - Name: Vorstellung des Büros und des Projektteams in Bezug auf die konkrete Auftragsabwicklung / Weighting: 20

Quality criterion - Name: Angaben zur Arbeitsweise im Hinblick auf die zu vergebende Leistung und konzeptionellen Vorgehensweise, vertiefende Angaben des Bewerbers zu technischen Belangen bei der Umsetzung der geplanten Maßnahme / Weighting: 50

Quality criterion - Name: Qualität der Präsentation / Weighting: 5

Cost criterion - Name: Honorare / Weighting: 25

II.2.11. Information about options

Options: yes

Description of options:

Der AG behält sich eine stufenweise Beauftragung der einzelnen Leistungen entsprechend RBBau-Vertragsmuster vor. Die in den einzelnen Leistungsstufen zu erbringenden Grundleistungen der Leistungsphasen nach § 51 HOAI gliedern sich wie folgt: Leistungsstufe 1 (LPH 1, 2 und 3), Leistungsstufe 2 (LPH 4 und 5), Leistungsstufe 3 (LPH 6 und Besondere Leistungen der LPH 7 nach Anlage 14 zu § 51 HOAI), Leistungsstufe 4 (Besondere

Leistungen der LPH 8 nach Anlage 14 zu § 51 HOAI) und Leistungsstufe 5 (Besondere Leistungen der LPH 9 nach Anlage 14 zu § 51 HOAI). Ein Rechtsanspruch auf Übertragung der Leistungen besteht nicht.

Bei stufenweiser Beauftragung kann der AN den Vertrag innerhalb einer Frist von einem Monat kündigen, wenn der AG die Leistungen für die jeweils folgende Stufe nicht innerhalb einer angemessenen Frist abrufen. Eine solche angemessene Frist endet im Regelfall nicht vor Ablauf von 6 Monaten nach vollständiger Erfüllung der Leistungen der vorangegangenen Stufe.

Mit Vertragsschluss erfolgt zunächst die Beauftragung der Leistungsphase 2. Es ist beabsichtigt die weiteren o.g. Leistungen stufenweise zu beauftragen (Stufenvertrag). Ein Rechtsanspruch auf Übertragung der weiteren Leistungen sowie der besonderen Leistungen besteht nicht.

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

Zu Ziffer II.2.7) Laufzeit des Vertrags:

Die genannte Vertragslaufzeit beinhaltet nicht die Dauer von 4 Jahren für den Anspruch auf Mängelbeseitigung gem. § 13 Abs. 4 VOB/B

Angaben zur Verhandlung

Der AG behält sich vor, die Verhandlungsgespräche in Form einer Videokonferenz durchzuführen od. den Zuschlag auf Grundlage der mit dem Honorarangebot eingereichten Präsentationen zu vergeben, ohne Verhandlungsgespräche durchzuführen.

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Competitive procedure with negotiation

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

IV.2. Administrative information

IV.2.1. Previous publication concerning this procedure

Notice number in the OJ S: [2023/S 124-389500](#)

IV.2.8. Information about termination of dynamic purchasing system

IV.2.9. Information about termination of call for competition in the form of a prior information notice

Section V: Award of contract

Contract No: 23D0168

Title:

Amtsgericht Germersheim - Brandschutz und Barrierefreier Zugang, Fachplanung
Tragwerksplanung

A contract/lot is awarded: yes

V.2. Award of contract

V.2.1. Date of conclusion of the contract

09/10/2023

V.2.2. Information about tenders

Number of tenders received: 1

Number of tenders received from SMEs: 1

Number of tenders received from tenderers from other EU Member States: 0

Number of tenders received from tenderers from non-EU Member States: 0

Number of tenders received by electronic means: 1

The contract has been awarded to a group of economic operators: no

V.2.3. Name and address of the contractor

Official name: Müller + Klein Ingenieurbüro für Bauwesen GmbH

Town: Freiburg

NUTS code: DE131 Freiburg im Breisgau, Stadtkreis

Postal code: 79117

Country: Germany

The contractor is an SME: yes

V.2.4. Information on value of the contract/lot

Total value of the contract/lot: 75 266,88 EUR

V.2.5. Information about subcontracting

Section VI: Complementary information

VI.3. Additional information

.

1).Bewerbergemeinschaften (BGen)

BGen, die sich erst nach der Einreichung des Teilnahmeantrages gebildet haben, werden nicht zugelassen. Mehrfachbewerbungen einzelner Mitglieder einer BGen sind unzulässig u. führen zum Ausschluss aller betroffenen BGen.

.

Für jedes Mitglied der BG ist ein eigener mit den erforderlichen Angaben ausgefüllter Bewerbungsbogen einzureichen. Liegt bei einem Mitglied einer BG ein zwingender Ausschlussgrund nach § 123 GWB od. ein fakultativer Ausschlussgrund nach § 124 GWB vor, so muss dieses Mitglied ersetzt werden.

.

Bei BGen sind nur ein Projektleiter und ein Bauleiter zu benennen. Die Leistungsabgrenzung innerhalb der BG ist darzustellen.

.

2) Eignungsleihe (§ 47 VgV)

Beabsichtigt der Bewerber im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche u. finanzielle sowie die technische u. berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten eines anderen Unternehmens in Anspruch zu nehmen u. erfüllt dieses Unternehmen die entsprechenden Eignungskriterien nicht od. liegt bei diesem Unternehmen ein zwingender Ausschlussgrund nach § 123 GWB od. ein fakultativer Ausschlussgrund nach § 124 GWB vor, so muss dieses Unternehmen ersetzt werden. Für jedes Unternehmen, dessen Kapazitäten in Anspruch genommen werden sollen, ist ein eigener mit den erforderlichen Angaben ausgefüllter Bewerbungsbogen einzureichen. Zum Nachweis, dass dem Bewerber die erforderlichen Kapazitäten des anderen Unternehmens zur Verfügung stehen, hat er eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen.

.

3) Unteraufträge (§ 36 VgV)

Beabsichtigt der Bewerber eine Unterauftragsvergabe, so hat der Bewerber die Teile des Auftrags, die er an Dritte zu vergeben beabsichtigt, u. - soweit bekannt - die Namen der vorgesehenen Unterauftragnehmer zu benennen. Der Bewerber hat mit dem Teilnahmeantrag im Bewerbungsbogen Angaben zu den vorgesehenen Unterauftragnehmern u. dessen Vertretern sowie Erklärungen zum Vorliegen von Ausschlussgründen zu machen. Zum Nachweis, dass dem Bewerber die erforderlichen Mittel der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen, hat er vor Zuschlagserteilung entsprechende Verpflichtungserklärungen vorzulegen.

.

4) Vergabeunterlagen/Teilnahmeantrag

Für den Teilnahmeantrag sind die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Formulare bzw. die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) zu verwenden u. bei der unter Ziffer I.1) angegebenen Kontaktstelle vollständig ausgefüllt, elektronisch in Textform (§ 126b BGB) u. in deutscher Sprache über den Vergabemarktplatz Rheinland-Pfalz (VMP RLP) www.vergabe.rlp.de einzureichen. Die Unterlagen sind im Projektraum im Bereich "Teilnahmeanträge" hochzuladen.

Eine Unterschrift od. Signatur auf dem Bewerbungsbogen ist nicht erforderlich. Es ist jedoch zwingend an der dafür vorgesehenen Stelle der Name der bevollmächtigten, natürlichen Person anzugeben, die für den Bewerber die Eigenerklärung abgibt.

Der Teilnahmeantrag muss die im Bewerbungsbogen geforderten Erklärungen u. Nachweise enthalten. Die Angaben sind wahrheitsgemäß zu machen. Änderungen des Bewerbers an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein. Änderungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig.

.

Nicht form- u. fristgerecht od. in Papierform eingereichte Teilnahmeanträge/ Bewerbungsbögen u. Unterlagen bzw. formlose Anträge, die nicht unter Verwendung der Formulare des Auftraggebers bzw. der EEE gestellt werden, werden vom weiteren Vergabeverfahren ausgeschlossen.

.

5) Erhalt der Vergabeunterlagen/Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb

Die Vergabeunterlagen werden ausschließlich auf dem VMP RLP www.vergabe.rlp.de zur Verfügung gestellt. Diese können dort kostenlos bis zum Schlusstermin für den Eingang der Angebote od. Teilnahmeanträge (vgl. Ziff. IV.2.2) heruntergeladen u. Nachrichten der Vergabestelle eingesehen werden. Es gelten hierfür die AGB des VMP RLP.

.

6) Kommunikation

Die Kommunikation erfolgt ausschließlich über den VMP RLP www.vergabe.rlp.de.

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Postal address: Stiftsstraße 9
Town: Mainz
Postal code: 55116
Country: Germany
E-mail: vergabekammer.rlp@mwwlw.rlp.de
Telephone: +49 6131162234
Fax: +49 6131162113

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

.
Ziffer VI.4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen

Gemäß § 160 Absatz 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) ist ein Verstoß gegen Vergabevorschriften innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen nach Erkenntnis gegenüber dem Auftraggeber zu rügen.

.
Bei Zurückweisung einer Rüge beträgt die Frist für die Beantragung eines Nachprüfungsverfahrens vor der Vergabekammer 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen.

.
Die Feststellung der Unwirksamkeit eines öffentlichen Auftrags nach § 135 Abs. 1 GWB ist gem. § 135 Abs. 2 GWB in einem Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union geltend zu machen.

VI.5. Date of dispatch of this notice

17/10/2023